

Erfurter

Wortmeldung von Knut Korschewsky und Bodo Ramelow

Brief an die Delegierten des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE	3
Das Erfurter Programm von 1891	11
Erfurter Erklärung vom 9. Januar 1997	17

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Delegierte der 2. Tagung des 2. Parteitages
der Partei DIE LINKE,*

wenn eine Partei in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt einen Bundesparteitag abhält und wenn dies noch unsere eigene Partei DIE LINKE ist, werden sehr schnell Parallelen und historische Bezüge zu einem Parteitag deutlich, der in die Geschichtsbücher eingegangen ist und ein wesentliches Fundament für die deutsche ArbeiterInnenbewegung und für den Aufbruch einer jungen, damals nach Selbstdefinition noch marxistisch-sozialistischen Partei darstellt, der SPD.

Während des »Erfurter Parteitages« von 1891 wurde geschickt der Spannungsbogen zwischen den Ansätzen der SPD-Theoretiker Karl Kautsky und Eduard Bernstein austariert, um auf der Basis der Marx'schen Lehre Alltagstauglichkeit und Visionäres in der Programmatik der ersten deutschen Arbeiterpartei zu verankern. Heute, 120 Jahre später, trifft sich nach langen Irrungen und Wirrungen, nach vielen Brüchen, vielen Spaltungen und noch mehr Niederlagen der sozialistischen Bewegung wieder eine Partei in Erfurt, die sich aufmacht, die Achse der gesellschaftlichen Debatten nach links zu verschieben.

Erfurt ist nicht nur wegen dieses geschilderten historischen Bezugs ein gut gewählter Ort für unseren Parteitag, sondern auch weil die ArbeiterInnenbewegung hier zwischen Eisenach, Gotha und Erfurt bereits vor 120 Jahren ihren Herzschatz spürte. Zudem gibt es im Stammland der Reformation auch den Spannungsbogen zwischen den Theologen Martin Luther und Thomas Müntzer. Bei aller Unterschiedlichkeit im Wirken der beiden einte sie ein Aufbegehren gegen eine Obrigkeit, die ihre Untertanen dumm und ungebildet halten wollte. Die lateinische Bibel ins Deutsche zu übersetzen, war eine bedeutende Tat, die – verbunden mit den Möglichkeiten des Gutenberg'schen Buchdrucks – das mit auslöste, was später zur Aufklärung führte.

Thüringen ist aber auch das Land der Reformpädagogik und einer umfassenden Volksbildung. Der Kindergarten als Ort der frühkindlichen Bildung, der inzwischen weltweit diesen Namen trägt, ist mit dessen Erfinder Friedrich Fröbel verbunden. Der Ort Bad Blankenburg, Ausgangspunkt dieser Institution, hat heute übrigens einen Bürgermeister mit unserem Parteibuch.

Und die in Jena entstandene Reformpädagogik trägt ihre regionale Herkunft im Namen, und es ist sicher kein Zufall, dass wir uns als Partei diesem pädagogischen Vermächtnis verbunden fühlen: Das Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens und das Konzept einer Schule, die Lern- und Lebensort ist, sind Elemente eines umfassenden Bildungskonzeptes, das wir in Thüringen vertreten. Wir treten dafür ein, dass der Schulort ein Element des pädagogischen Konzeptes einer ganztagsorientierten Schule ist. Gebührenfreie Bildung – von der Kita über die Schule mit dem Schulort bis zur Hochschule – sowie ein kostenloses Mittagessen für alle SchülerInnen gehört dazu.

In Thüringen ist mit der 1923 gebildeten Koalitionsregierung aus SPD und KPD unter Ministerpräsident August Frölich die erste und einzige reformsozialistische Landesregierung nach den Verheerungen des ersten Weltkrieges entstanden – eine frühere Koalition von SPD und USPD war hier von der KPD bereits toleriert worden. Sie hatte sich genau diesem Bildungsansatz verschrieben. Thüringen wurde in der Folge mit der »Reichsexekution« belegt, die Reichswehr marschierte unter blutigen Übergriffen ein.

Hier in Erfurt war es später die PDS gemeinsam mit dem DGB, die seit nunmehr 21 Jahren immer wieder auf solche Zusammenhänge hingewiesen hat. Eingebettet auch in diese Aktivitäten gab es in Thüringen und insbesondere hier in Erfurt erstaunliche Entwicklungen, darunter die mittlerweile traditionelle gemeinsame 1.-Mai-Feier von Gewerkschaften, PDS/DIE LINKE, SPD und Grünen. Die »Erfurter Erklärung« von 1997 war das erste bundesweite Signal, das politisch die drei Parteien SPD, Grüne und PDS mahnte, das Trennende zu überwinden, um gemeinsam die Ära des Helmut Kohl zu beenden. Kohl hatte verstanden. Er nannte auf einem CDU-Parteitag sowohl die »Erfurter Erklärung« als auch die gemeinsamen Maiveranstaltungen die »Volksfront von Erfurt«, vor der er vehement warnte. Dass bei einem wie Kohl und seinen alten und neuen Brüdern im Geiste die Gefahr stets von links kommt, verwundert keinen.

Mit dem Betriebsrätebündnis »5 vor 12 – Thüringen brennt« hatten Gewerkschaften und die PDS bereits 1992/1993 ein ganzes Jahr lang gemeinsam mit den Belegschaften gegen die verheerende Deindustrialisierungs- und Vernichtungspolitik der Treuhandanstalt gekämpft. Unsere Solidarität mit den im Arbeitskampf stehenden Kalikumpeln von Bischofferode war

gelebte und praktizierte politische Arbeit. Im Jahr 2007 galt unsere Solidarität der Belegschaft der Firma »Bike Systems« in Nordhausen, die dort ihren von Schließung bedrohten Betrieb besetzte und selbst Fahrräder (»Strike Bike«) produzierte. Trotz des Scheiterns wurde hier die wichtige Erfahrung gemacht, dass es möglich ist, selbst aktiv zu werden und ohne Hierarchien zu arbeiten, wie Heinz Bierbaum in seinem lesenswerten Aufsatz über die »Renaissance der Belegschaftsbetriebe« (Luxemburg, 3/2011) schrieb. Das kalte Vernichten von Bischofferode nähert sich nun seinem traurigen 20-jährigen Jubiläum. Es wird Zeit, sowohl den bis heute geheimen Kali-Fusionsvertrag endlich ans Licht der Öffentlichkeit zu holen als auch »die nackte Fratze des Kapitalismus«, wie der damalige Ministerpräsident von Thüringen, Bernhard Vogel (CDU), die damaligen Vorgänge umschrieb, wieder zu thematisieren.

Im Juli 2005 fand ebenfalls in Erfurt unter reger Beteiligung der gerade entstandenen Linkspartei.PDS das erste deutsche Sozialforum statt. 2006 trafen sich hier in Erfurt Vertreter von WASG und Linkspartei.PDS im Festsaal des Rathauses, um die Partei DIE LINKE als gemeinsames Projekt auf den Weg zu bringen. Heute treffen sich die Delegierten unserer Partei, um das erste gemeinsame, aus der Mitte der Partei entstehende Programm zu beschließen. Es ist wünschenswert, dass die historische Mischung aus Frühsozialisten wie Wilhelm Weitling und Moses Heß, aus Theoretikern der Arbeiterbewegung wie Kautsky, Bernstein und Rosa Luxemburg, aus Pragmatismus und Vision unter Berücksichtigung der Marx'schen Analyse unsere kraftvolle Handschrift ausmacht.

Thüringen war aber auch nationalsozialistischer »Mustergau«. Das oberhalb von Weimar gelegene KZ Buchenwald ist das Thüringer Symbol für Terror und Massenmord an JüdInnen, DemokratInnen, Sinti und Roma, Behinderten, der ArbeiterInnenbewegung, Kriegsgefangenen und sogenannten Asozialen, die nicht ins Weltbild des Faschismus passten. Der Schwur von Buchenwald mahnt uns und ist uns Verpflichtung: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.« Ein bis heute aktueller Auftrag angesichts wöchentlicher Aufmärsche von Neonazis, rassistischer Überfälle, Angriffen auf Partei- und Wahlkreisbüros und der großen und kleinen Sarrazins im Alltag.

Wir benötigen aber auch eine Zielbestimmung, einerseits das Parteiprogramm – in dem unsere Vorstellung eines demokratischen Sozialismus skizziert wird – und andererseits Klarheit darüber, wofür wir im Alltag stehen. Wollen wir Teil des gesellschaftlichen Projektes sein, mit dem wir Mehrheiten anstreben, um unsere Inhalte nicht nur besser zu formulieren, sondern sie auch alltagstauglich durchsetzen zu können, dann müssen wir uns die Frage nach unserer Funktion stellen. Es wäre deshalb sinnvoll und richtig, zehn gesellschaftliche Hauptprojekte in den Mittelpunkt zu rücken, um an solchen Hauptlinien auch mögliche gesellschaftliche Bündnispartner messen zu können. Diese zehn Punkte könnten sein:

1. Ein einklagbares und durchsetzbares Recht auf Arbeit, bei dem es neben der Verankerung als Verfassungsgebot einer entsprechenden gesetzlichen Richtschnur bedarf – auch als Antwort auf die asoziale Logik der Hartz-Gesetze. Dadurch sollen alle am Arbeitsmarkt zusammenwirkenden Komponenten daraufhin ausgerichtet werden, dass ein Mensch, der arbeitslos wird, nicht den aus seiner gelebten Erwerbsbiographie erwachsenen Schutz verliert. Nach einer kurzen und überschaubaren Zeit muss ihm immer die Rückkehr in eine bezahlte und sozialversicherte Arbeit gesetzlich ermöglicht werden.
2. Ein flächendeckender, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, der nach französischem bzw. britischem Modell, ohne Unterscheidung nach Geschlecht oder nach West und Ost sowie ohne jede Brancheneinschränkung auszugestalten ist, denn der Wert der menschlichen Arbeit darf nicht zerstört werden. Zehn Euro ist unsere Forderung für den gesetzlichen Mindestlohn, eine Untergrenze, die endlich die Schmutzkonkurrenz am Arbeitsmarkt wirksam unterbinden würde.
3. Ein armutsfestes und generationengerechtes Sozialversicherungssystem, darunter eine Rentenversicherung, die sämtliche Erwerbsquellen (einschließlich der derzeitigen Sonderversorgungssysteme bis hin zum Beamtenversorgungssystem) integriert. Wichtig und zentral ist, dass dies eine absolute Absage an jedes kapitalgedeckte System sein muss und dass die Armutsfestigkeit auch unter Zuhilfenahme von Steuermitteln garantiert werden muss. Keinem Menschen darf nach einem vollen Erwerbsleben zugemutet werden, in der Rentenphase als Bittsteller bei Sozialbehörden vorstellig werden zu müssen.

4. Die Umstellung der konkurrierenden Krankenkassen sowie die Einbeziehung des Pflegebereiches in ein einheitliches Versicherungssystem, das als moderne Bürgerversicherung so aufgebaut ist, dass aus jeder Einkommensart eines Bürgers ein Beitrag in diese moderne Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege eingezahlt werden muss. Beitragsbemessungsgrenzen sind genauso aufzuheben wie die Privilegierung durch Privatvorsorge oder Ausnahmetatbestände bei Selbstständigkeit.

5. Das Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland muss in seinen Hauptentwicklungslinien stärker angeglichen werden (wobei der Bildungsföderalismus gar nicht im Weg steht, wenn die Entwicklungsziele gemeinsam festgelegt und standardisiert sind). Längeres gemeinsames Lernen bis zur Klasse 10 unter Einbeziehung eines Hortangebotes sowie einer vorschulischen Betreuung, bei der pädagogische Konzepte schon im Kindergarten ansetzen. Das Prinzip »Auf den Anfang kommt es an« setzt ein anderes Bildungsverständnis voraus (das finnische Bildungssystem kann hierbei Pate stehen). Das Bildungssystem muss selbstverständlich gebührenfrei und staatlich ausfinanziert sein, 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – in der Verfassung verankert – sind jährlich nötig, um ein gut funktionierendes Bildungssystem zu realisieren. Zu diesen Investitionen zählen auch sämtliche Personalkosten für Lehrer, Erzieher, Schulpsychologen, Hausmeister, Küchenpersonal, den Menschen im Schulsekretariat oder auch in der Schulbibliothek. Die Schule als »Lern- und Lebensort« ist die Zielprojektion für diesen pädagogischen Aufbruch.

6. Das Studium an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien, Forschung und Entwicklung etc. müssen gebührenfrei sein, aber auch der innere Prozess an den Hochschulen, die Verbindung von Forschung und Lehre müssen sich wieder mehr am Humboldt'schen Bildungsideal als an der Verschulung durch den Bologna-Prozess orientieren.

7. Eine Demokratie lebt von der Vitalität ihrer Gemeinden und der sozialen Beziehung im ländlichen Raum. Gemeinden und Städte müssen in ihrer kommunalen Autonomie gestärkt werden, und durch Gemeindefinanzierungsrecht sowie den systematischen Auf- und Ausbau von Gemeinde- und Stadtwerken muss es zu einer Stärkung der kommunalen Ebene kommen. Das Steuerrecht, die Steuereinnahmen und die Steuerverteilung müssen so reformiert werden, dass zuerst das Fundament einer Demokratie, die kommunale Ebene, auskömmlich finanziert ist.

8. Der Atomausstieg muss mit den Prinzipien »regional, dezentral und regenerativ« ein völliges Umdenken in der Energieproduktion und -verteilung, beim Energiesparen und in der Energieeffizienz auslösen. Jede Region, jedes Dorf, jede Gemeinde muss soviel Energie und Wärme produzieren, wie in der eigenen Region verbraucht wird. Für das Einsparen von Energie muss es Anreizmodelle geben, soziale Ausgrenzungstatbestände gilt es, z. B. durch Genossenschaftsmodelle, zu überwinden.

9. Die künstliche Trennung zwischen ambulant und stationär im Gesundheitsbereich muss nachhaltig überwunden werden. Börsennotierten Anbietern im Gesundheitswesen ist der Markt zu entziehen. Wir brauchen im regionalen Bereich wieder mehr aufeinander abgestimmte Akteure im Gesundheitswesen unter Einschluss der Allgemeinmediziner, der Landärzte, der Gemeindegewerkschaften, aber auch im aktiven Zusammenwirken mit den Pflegeberufen. Ziel ist, dass nicht die Krankenhauskonzerne profitorientiert ihre Effizienz steigern, sondern der Patient oder der zu Pflegenden in seinem sozialen Kontext den tatsächlichen Schwerpunkt ausmacht.

10. Ein einheitliches Arbeitsrecht, bei dem Trennungen zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten konsequent überwunden werden und das vereinheitlicht sowie für jeden anwendbar und durchschaubar ausgestaltet wird. Die Atomisierung der Arbeitsverhältnisse und die »Miniaturisierung« von Großkonzernen führen dazu, dass Mitbestimmung und Mitgestaltung nicht einmal mehr den Namen wert sind. Ein selbstbewusster Arbeitnehmer, der Rechte hat, diese kennt und auch anwenden kann, ist Teil einer gelebten Demokratie. Emanzipation und Partizipation müssen der rote Faden sein, der sich durch all diese Anforderungen zieht, die wir als Partei an den gesellschaftlichen Veränderungsprozess stellen.

Diese zehn Punkte sind beispielhaft aufgezählt, um daraus in Verbindung mit unserem Grundsatzprogramm abzuleiten, wofür unsere Partei steht und wofür wir als Mitglieder dieser Partei gemeinsam kämpfen. Die Frage, die wir uns stellen müssen und die wir uns ehrlich beantworten müssen, lautet: Wollen wir mit unseren Forderungen und Zielen als einem inhaltlichen Kompass Mehrheiten im gesellschaftlichen Diskurs erreichen? Wenn ja, dann müssen wir diese Strategie auch in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit stellen. Zu diesen Mehrheiten gehören dann auch Mehrheiten in den Gewerkschaften, Mehrheiten bei

Arbeitskämpfen, Mehrheiten bei Kommunalwahlen, Mehrheiten bei Landtags- und Bundestagswahlen. Abstrakter und komplizierter wird es sicherlich auf der europäischen Ebene. Auf der lokalen Ebene müssen wir immer wieder sagen, wofür wir stehen, damit diejenigen, mit denen wir Bündnisse schließen können – sei es auf Zeit, sei es punktuell oder sei es in der Bewegung –, uns als verlässliche Partner erkennen, damit wir mit gemeinsamer Kraft den gesellschaftlichen Diskurs nach links verschieben.

Lasst uns nicht »im eigenen Saft schmoren«! Es wäre fatal, wenn wir am Schluss den Kampf nur noch untereinander führen. Es geht nicht darum, die Partei weiter nach links zu verschieben, sondern die Gesellschaft.

In diesem Sinne freuen wir uns, Euch in Erfurt zu Gast zu haben, in einer Stadt, in der unsere Partei alle vier direkt in den Landtag gewählten Abgeordneten und die Bürgermeisterin stellt, in einem Bundesland, in dem wir kommunalpolitisch fest verankert sind.

Lasst uns gemeinsam aus Erfurt einen Aufbruch in eine kraftvolle Gesellschaftsdebatte wagen!

Mit sozialistischen Grüßen



*Knut Korschewsky
Vorsitzender DIE LINKE. Thüringen
und Mitglied des Thüringer Landtages*



*Bodo Ramelow
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
im Thüringer Landtag*

21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Erfurt

vom 14. bis 20. Oktober 1891.

Berlin 1891.

Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

(2b. Glöde.)

Das Erfurter Programm

Beschlossen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erfurt im Jahre 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten – Kleinbürger, Bauern – bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter – Kapitalisten, Großgrundbesitzer – in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen – das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt

und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzesperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetag. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
5. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu religiösen und kirchlichen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

6. Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung als geeignet erachtet werden.
7. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
8. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
9. Stufenweise steigende Einkommens- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages;
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren;
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
 - d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.



Demokratie kommt her

So viel Kohl gibt Sozialismus

Erfurter Erklärung

Bis hierher und nicht weiter!
Verantwortung für die soziale Demokratie

»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«
Grundgesetz Artikel 14.2

1. Die regierende Politik in unserem formal vereinten Land ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken. Im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz wird in der Bundesrepublik der soziale Konsens, auf dem ihr Erfolg beruhte, durch radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen zerstört. Der kalte Krieg gegen den Sozialstaat hinterläßt eine andere Republik. Was von der Bundesregierung unter der Vorspiegelung von Reformen verfügt wird, erweist sich als geistig-moralischer Bankrott. Der Notstand ständig steigender Arbeitslosigkeit führt Staatshaushalte und Sozialversicherungssysteme in die Krise, und der öffentliche Schuldendienst vermehrt den Reichtum der Banken und der Besitzer großer Geldvermögen. So entsteht Macht, die nicht demokratisch legitimiert ist. Es handelt sich nicht um einen Konjunkturbruch, vielmehr stehen wir mitten in einem Epochenwechsel. In dieser Lage müssen sich in unserem Land alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, die bereit und imstande sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie mit der Bindung an ein soziales Europa zu übernehmen.

2. Gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter ist die zentrale Aufgabe einer neuen Politik. Die deutsche Einheit wird zum massivsten Umverteilungsprozeß von unten nach oben seit Bestehen der Bundesrepublik mißbraucht. Niemand unterschätze die Dramatik der Lebenssituation in den ostdeutschen Ländern: Sehr viele neue Bundesbürger erleben, was gegenwärtig geschieht, als Enteignung ihrer erworbenen Rechte und ihrer Hoffnung auf Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit. Im Westen meinen viele, sie geben ihr Bestes dem Osten, dort meinen viele, man nimmt ihnen das Letzte. In Ost und West gemeinsam sehen sich jedoch Millionen Mitbürger durch immer schwerwiegendere Belastungen vor unlösbare Probleme gestellt.

3. Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustrreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen. Resignation löst kein Problem. Sie richtet nur Schaden an. Viele denken: bis hierher und nicht weiter! Ihr Sammelpunkt ist der Wunsch nach Verwirklichung der sozialen Menschenrechte und die Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir brauchen eine Regierung, die das Volk nicht als Gegner behandelt, dessen Widerspruch es zu brechen gilt.

4. Wir brauchen eine andere Politik. Oberstes Ziel muß das Überwinden der Massenarbeitslosigkeit sein. Es fehlen in der Bundesrepublik 6 bis 7 Millionen Arbeitsplätze. Die Gründe dafür liegen nicht im mangelnden Export. Auch nicht bei den Lohnstückkosten und angeblich überteuerten Sozialpflichten. Sie liegen bei der enorm gestiegenen Produktivität, den rückläufigen Wachstumsraten und den versäumten Konsequenzen für die Arbeitszeit. Auch fehlt es an Binnennachfrage und vorausschauendem Management. »Kapitalisten, hört die Signale!« überschrieb unlängst die Züricher Weltwoche einen Leitartikel, der fragte: Wer soll die Waren kaufen, wenn die Bevölkerung immer weniger verdient?

Die Schulden der einen sind die Gewinne der anderen: Jede Schuldenmilliarde der öffentlichen Hände macht Bund, Länder und Kommunen abhängiger von den Geldgebern. Kapital ist reichlich vorhanden: Neuneinhalb Tausend Milliarden Mark macht die Summe der persönlichen Vermögen in der Bundesrepublik aus. Die Hälfte davon gehört zehn Prozent der Haushalte. Zugleich wirken angekündigte Massenentlassungen wie Siegesmeldungen an der Börse. Sie treiben die Aktienkurse nach oben und machen die Aktionäre zu Profiteuren der sozialen Perspektivlosigkeit der Arbeitslosen. Wer für die Benachteiligten nur noch den Zynismus »Sozialneid!« übrig hat, verhöhnt die Sozialpflicht des Eigentums nach dem Grundgesetz. Die herrschende Politik zerteilt die sozial begründete Republik. In ihrem Polarkreis erstarrt das Eintreten füreinander.

■ Wenn Notstand an Arbeit herrscht, muß sie neu und gerecht verteilt werden, durch weitere radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich.

■ Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muß sich an dem Leitbild eines neuen Typs von Vollbeschäftigung für Männer und Frauen orientieren. Die Erwerbsarbeit der Zukunft muß stärker denn je auf gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

■ Wir brauchen den Einstieg in eine ökologische Steuerreform, und wir brauchen Reformen des Sozialstaats, die den Namen verdienen: Die Systeme der sozialen Sicherung müssen armuts-sicherer gemacht werden.

■ Der historisch-politische Auftrag des Grundgesetzes erfordert angesichts sich ausbreitender Massenarmut eine Stärkung der Prinzipien des Solidarausgleichs und der sozialen Mindestsicherung.

■ Statt die »Zwänge« der deregulierten Güter- und Kapitalmärkte als Schicksal hinzunehmen, brauchen wir eine Regierung, die handelt: Sie muß in der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation, gegenüber dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank für sozialökologische und demokratische Rahmenbedingungen eintreten.

5. Wie ist das alles finanzierbar? Ein einziges Kriterium würde Entscheidendes ändern: Steuerehrlichkeit. Die Finanz- und Steuerpolitik muß ihren Kurs korrigieren. Geldtransfers, Gewinne, Groß-Erbschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Umweltzerstörung müssen spürbar stärker besteuert werden. Durch einen gesetzlichen Ausgleich der Lasten zwischen West und Ost, Alt und Jung, Erben und Armen kann die Bundesrepublik um vieles humaner werden. Was in den fünfziger Jahren an Umverteilung gelang, sollte angesichts des Reichtums Hunderttausender und der Vermögen von Millionen nicht wiederholbar sein?

6. Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, zumal die amtierende Macht sich in eigener Sache keineswegs darum schert: Der Kanzler versichert Reformsozialisten in Osteuropa seiner Freundschaft. Im Inneren der Republik sind Reformsozialisten für ihn der böse Feind, obwohl seine Regierung 1990 und 1994 mit Kadern der vier früheren SED-Schwesterparteien die Mehrheit errang. Allzu schnell hat sich die veröffentlichte

Meinung darüber hinwegtäuschen lassen. Wir brauchen eine Regierung, die ohne inneres Feindbild regiert. Das Gut-Böse-Schema aus der Zeit der Systemkonfrontation kann das Vollen der Einheit nicht leisten.

Von der SPD fordern wir: Mut zur Opposition auf ganzer Linie. Die Mehrheit der Bevölkerung traut ihr mehr Gerechtigkeit zu, aber noch nicht die Entschlossenheit zur Macht, sie auch zu verwirklichen. Die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat überträgt ihr eine zwiespältige Rolle, weil nur zu oft der Eindruck einer großen Koalition entsteht. Die SPD muß ihrer Herkunft als Partei der sozialstaatlichen Reformen auf neue Weise gerecht werden: Sie muß auch in nachhaltig veränderten Zeiten mehr Demokratie wagen.

Von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir: Den begonnenen Weg der Überwindung ihrer »Ein-Punkt-Kompetenz« (Ökologie) fortzusetzen. Sie sollte auch Kontur als soziale Reformkraft gewinnen und den Eindruck widerlegen, sie wolle am Ende die FDP ersetzen. Wer von den Grünen diese Vorstellung absurd empfindet, wird die Mathematik der Mehrheit realistisch sehen. Es gilt, für eine parlamentarische Kraft neben der SPD, die in den ostdeutschen Ländern eindrucksvoll gewählt wird, offen zu sein.

Von der PDS fordern wir: Ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären. Es geht nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen. Es geht um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein.

An alle drei Parteien: Sie dürfen der Verantwortung nicht ausweichen, sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird. Lassen Sie niemand im Zweifel, wie schwierig es sein wird, Kompromisse einzugehen und dennoch die eigene Unverwechselbarkeit zu bewahren. Gleichzeitig die Kraft für neue Konzeptionen, Theorie und Vision aufzubringen, erfordert Toleranz in den eigenen Reihen.

7. Wir brauchen eine andere Regierung. Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit in Bonn und für Berlin verändern. Parteiförmige Politik allein kann das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Demokratie nicht mehr hinreichend begründen.

Unzählige sagen sich heute: Grundlegendes muß sich verändern. Und viele fragen sich: Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt? Wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie. Lassen wir uns an der Schwelle zum neuen Jahrtausend den Wert von Visionen nicht ausreden, und beginnen wir zu handeln.

Berlin/Erfurt, den 9. Januar 1997

Die Unterzeichnenden:

Prof. Dr. Elmar Altvater; Frank Castorf, Intendant der Volksbühne Berlin; *Daniela Dahn*, Schriftstellerin; *Prof. Dr. Ulrich Duchrow*, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene; *Ulrike Duchrow*, Studienrätin; *Dr. Dr. Heino Falcke*, Probst i. R.; *Matthias Freitag*, Bezirksvorsitzender der Eisenbahner-Gewerkschaft Thüringen und Sachsen; *Prof. Heinrich Fink*, Komitee für Gerechtigkeit; *Dr. Hans-Jürgen Fischbeck*, Physiker; *Günter Grass*, Schriftsteller; *Max von der Grün*, Schriftsteller; *Stefan Heym*, Schriftsteller; *Prof. Dr. Rudolf Hickel*; *Prof. Dr. Walter Jens*, Präsident der Akademie der schönen Künste; *Dr. Inge Jens*, Literaturwissenschaftlerin; *Dieter Keip*, Pfarrer; *Toni Krahl*, Rockmusiker; *Dieter Lattmann*, Schriftsteller; *Dr. theol. Gerhard Liedke*, Pfarrer; *Marion Liedke*, Oberstudienrätin; *Heiko Liez*, Pfarrer; *Prof. Dr. Peter von Oertzen*, *Prof. Dr. Norman Paech*; *Ulrich Plenzdorf*, Schriftsteller; *Bodo Ramelow*, HBV-Vorsitzender Thüringen; *Dr. Edelbert Richter*, Theologe, MdB; *Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter*, Psychoanalytiker; *Dr. Erika Runge*, Schriftstellerin und Psychoanalytikerin; *Herbert Schirmer*, Kulturminister a. D.; *Gisbert Schlemmer*, Vorsitzender Gewerkschaft Holz und Kunststoff; *Horst Schmitthener*, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall, *Friedrich Schorlemmer*, Theologe und Publizist; *Prof. Dr. Dorothee Sölle*; *Frank Spieth*, DGB-Vorsitzender Thüringen; *Eckart Spoo*, Journalist; *Prof. Dr. Uwe Wesel*; *Gerhard Zwerenz*, Schriftsteller, MdB.

DIE LINKE.

Knut Korschewsky
Landesvorsitzender
DIE LINKE. Thüringen
Eugen-Richter-Straße 44

Bodo Ramelow
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

V.i.S.d.P. Knut Korschewsky

Foto auf Seite 16: picture-alliance
»Aufstehen für eine andere Politik.« Demonstration
auf dem Berliner Alexanderplatz am 20. Juni 1998.

www.die-linke-thl.de
www.die-linke-thueringen.de